



TROTZ COCOONING - DAS SCHLACHTEN GEHT WEITER

Bluttat in Bonn: 32-Jähriger mit 20 Messerstichen hingerichtet

Von JOHANNES DANIELS | Das Messern geht unvermindert weiter – es wird derzeit betriebsbedingt nur in die häuslichen vier Wände verlagert. So wie bei dem [brutalen Dreifachmord](#) im schwäbischen Holzgerlingen durch Ajdin V., 30, an seinem Vermieter Bernd H., 62, und dessen Sohn Stefan und seiner Freundin Tina vor wenigen Tagen.

Am Dienstag durchdrangen im mittlerweile prekären Bonn-Vilich gegen 17.35 Uhr ebenfalls laute Hilfeschreie ein Mehrfamilienhaus in der Schevastesstraße. Die Nachbarn alarmierten die Rettungskräfte und die Polizei.

Nach Öffnung der Tür durch die Feuerwehr fanden die Beamten vor Ort einen [schwerstverletzten 32-jährigen Polen](#) vor. Trotz unmittelbar vom Rettungsdienst eingeleiteter Reanimationsmaßnahmen erlag er noch in der Wohnung seinen letalen Verletzungen durch rund 20 Messerstiche. Das Opfer war trotz Ausgangswarnungen in der Wohnung des Täters zu Besuch, ein doppelt lebensgefährliches Vorhaben.

Polizei: „Flüchtiger am Abend vorläufig festgenommen“

Der Messertäter flüchtete, konnte aber nach gezielten Hinweisen von Zeugen noch am gleichen Abend gegen 22.15 Uhr „vorläufig festgenommen werden“. Noch in der Nacht richtete die Bonner Polizei eine Mordkommission ein.

Gegen den Täter, der „nur leicht alkoholisiert“ gewesen war, wurde am Mittwoch Haftbefehl erlassen. Warum es zu der tödlichen Auseinandersetzung kam, ist noch unklar. Zu den Hintergründen der Tat sowie zur Identität des Täters wollte ein Polizeisprecher bislang keine Angaben machen.



Machen wir es uns in der Defensive gemütlich?

Von GEORG S. | Am Tag der Wahl in Hamburg verschickten die AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen und Tino Chrupalla eine Rundmail, in der der Anschlag von Hanau in aller Schärfe verurteilt wurde ([PI-NEWS berichtete](#)). Diese Deutlichkeit ist richtig, aber: In dem Schreiben fehlt jeder Bezug auf die Mitverantwortung eines naiven, höchst riskanten Multikulturalismus/ Buntismus an der zunehmenden ethnischen Gewalt in Deutschland. Damit fügt sich leider auch dieses Schreiben in die aktuelle Neigung der AfD ein, sich in der Defensive zu verkriechen.

Es ist vielleicht lobenswert, ein ganzes Rundschreiben nur

dazu zu nutzen, sein Bedauern über den Anschlag eines psychisch kranken Vollidioten auszudrücken, mit dem man allerdings nichts zu tun hat. Warum also nimmt man dazu überhaupt Stellung? Denn indem man sich zu diesem Anschlag überhaupt äußert, übernimmt man bereits die Sichtweise des Gegners, man sei für solche Taten irgendwie mitverantwortlich. Tatsächlich aber ist es doch sowieso völlig klar, dass es nicht die geringste Übereinstimmung gibt zwischen einem geisteskranken Irren, der wehrlose Leute abknallt, und der AfD. Indem man aber meint, diese Klarheit müsse ausdrücklich betont werden, sät man bereits Zweifel an dieser Klarheit.

Haben die Grünen nach dem Anschlag vom Breitscheidplatz eine Rundmail an ihre Mitglieder verschickt, dass man trotz der grünen Islamisierungspolitik nichts mit der Geisteswelt eines Anis Amri zu tun habe? Hat Merkel damals ihren CDU-Mitgliedern geschrieben, man distanzieren sich ausdrücklich von dieser grausamen Tat eines Merkel-„Flüchtlings“, solche Morde auf Weihnachtsmärkten seien nicht Sache der CDU?

Das aktuelle Schreiben der AfD-Bundessprecher fügt sich daher in eine schon seit längerem zu beobachtende bedenkliche Tendenz der AfD ein, sich auf die Perspektive des Gegners einzulassen. Dies zeigt sich auch an der Übernahme der gegnerischen Sprache in diesem Schreiben: Auffällig oft wird das Wort „Deutschland“ durch die Floskel „unser Land“ ersetzt. Diese stereotype Meidung der Begrifflichkeit „deutsch“ ist bekanntlich ein zentraler Bestandteil der buntistischen Propagandasprache. Das Schreiben der Bundessprecher zeigt daher sowohl inhaltlich als auch sprachlich eine erkennbare Annäherung an die Sichtweise des politischen Gegners.

Solche Annäherungsversuche aber sind gefährlich, weil wir es mit einem besonders skrupellosen Gegner zu tun haben, der seinen Macchiavelli gelesen hat und deshalb richtigerweise solche Annäherungen niemals honorieren wird. Mit solchen Annäherungen an den Gegner gibt man, strategisch gesehen, im politischen Machtspiel nur eigenes Territorium preis, ohne

irgendetwas zu gewinnen.

Vor dem Hintergrund dieses aktuellen Schreibens der AfD-Bundessprecher sei daher hier noch einmal in aller Deutlichkeit daran erinnert, wer genau der wahre Gegner ist, und es sei ebenfalls daran erinnert, dass wir es mit einem äußerst rücksichtslosen und brutalen Gegner zu tun haben: der Gegner sind ausschließlich die Grünen. Nur die Grünen haben in Deutschland aktuell tatsächliche Macht, weil nur sie allein über zwei wesentliche Kernvoraussetzungen für politische Macht verfügen: Sie halten auf der intellektuellen Ebene alle machtpolitischen Schlüsselfunktionen in der Gesellschaft besetzt, und nur die Grünen verfügen auf der Ebene des Straßenkampfes mit ihrer Antifa über eine brutale Schlägertruppe, die politische Gegner der Grünen bei Bedarf krankenhaushausreif prügelt.

Aufgrund dieser äußerst starken Machtstellung der Grünen, ihrer genialen Kombination aus Intelligenz und brutaler Gewaltbereitschaft, sind alle anderen Parteien heute auch nichts als Satellitenparteien der Grünen, die den Grünen nur nach dem Munde reden. Diese anderen Parteien sind deshalb für die politische Auseinandersetzung völlig irrelevant. Der politische Gegner der AfD sind die Grünen und zwar nur die Grünen!

Diese Grünen aber sind, auch das zur Erinnerung, in ihrem Ursprung eine aus dem Maoismus der 68er entstandene kommunistische Kaderpartei, es sind äußerst smarte, aber völlig skrupellose Leute, die das ABC der Macht beherrschen und die man deshalb nicht unterschätzen darf. Dieser Gegner mit seiner im Kern nach wie vor kommunistischen Tradition kämpft grundsätzlich gegen alles, was bürgerlich ist. Für diesen Gegner spielt es auch gar keine Rolle, ob es sich dabei um AfD, FDP oder CDU handelt. Dieser Gegner ist ausschließlich ideologiegetrieben und will alles zerstören und vernichten, was nicht seiner Gedankenwelt entspricht. Die Grünen sind eine extrem radikale und extrem gefährliche Partei.

Mit diesen Leuten kann man deshalb auch keine Kompromisse eingehen. Wir wollen das auch gar nicht: Diesen Leuten, die mit ihrer Buntisierungspolitik Tausende von Menschenleben in Deutschland auf dem Gewissen haben, die aus unserem einstmaligen sicheren Deutschland ein gewaltgeprägtes, von ethnischen Konfliktlinien durchzogenes Land gemacht haben, wollen wir keine Hand und keinen kleinsten Finger reichen! Es darf deshalb auch niemals irgendwelche Annäherungs- oder gar Anbiederungsversuche an die Grünen oder deren Satellitenparteien geben. Die Grünen sind ausschließlich unser politischer Feind und zwar ein sehr gefährlicher Feind!

Es gibt deshalb gegenüber den Grünen auch nur eine einzige politische Strategie: Angriff!

Mut zur Wahrheit bedeutet daher auch im Fall Hanau wie im Fall des Breitscheidplatzes, die wahren politischen Zusammenhänge ohne Sorge vor den Zurechtweisungen eines zutiefst verachtenswerten Gegners unmissverständlich aufzuzeigen und die eigentlichen Täter hinter dem Täter klar zu benennen. Deshalb in aller Deutlichkeit: Ohne die von den Grünen vorangetriebene und von ihren Satellitenparteien übernommene Buntisierungspolitik, den rücksichtslosen Umbau Deutschlands zu einem innerlich zerrissenen, instabilen Vielvölkerstaat, zu einem neuen, größeren und gefährlicheren Jugoslawien, das mit seinen vielfältigen inneren Spannungen die einfachen Menschen überfordert, hätte es in Deutschland niemals solche ethnischen Morde wie am Breitscheidplatz und in Hanau gegeben.

Die Hintermänner und Hinterfrauen der Täter von Hanau und vom Breitscheidplatz sitzen daher nirgendwo anders als in der Parteizentrale der Grünen und in den Parteizentralen ihrer Satellitenparteien. Diese Hintermänner und Hinterfrauen sollten wir deshalb auch beim Namen nennen: Sie heißen Annalena Baerbock und Robert Habeck samt ihren devoten Satelliten Frank-Walter Steinmeier und Angela Merkel. All diese Typen betreiben seit Jahren eine hochriskante und brandgefährliche ethnische Siedlungspolitik in Deutschland.

Diese Leute – und zwar nur diese Leute! – tragen deshalb auch die alleinige Verantwortung für die Konsequenzen ihrer Siedlungspolitik.

Und genau diese unmissverständliche Klarstellung, wenn es schon Dinge klarzustellen galt, hätte der Autor dieser Zeilen gern im Rundschreiben der AfD-Bundessprecher gelesen!



Hanau: Die Mitschuld der Buntisten

Von C. JAHN | Unsere politische Elite instrumentalisiert den Anschlag in Hanau derzeit zu einem Rundumschlag gegen alles und jeden, der dem ethnischen Pulverfass unserer Bunten Republik kein Loblied singt. Aber: Tragen die buntistischen Fanatiker um Steinmeier, Merkel und Co. nicht eine erhebliche Mitschuld an diesem Pulverfass?

Die Frage nach Hanau ist doch nicht nur: Wer hat das Pulverfass entzündet? Die Frage muss auch lauten: Wer hat das Pulverfass bereitgestellt? Wer hat aus einem einstmals friedlichen und sicheren Deutschland ein Land gemacht, in dem es alle paar Tage knallt und Leichen auf der Straße liegen, sei es am Breitscheidplatz, sei es in einer Hanauer Shisha-Bar?

Die Ursachen für die Massaker in Hanau und am Breitscheidplatz

liegen doch nicht nur in der Ideologie der Täter – Rechtsextreme hier, islamische Fanatiker dort. Verantwortlich für einen Konflikt sind doch nicht nur die unmittelbar Beteiligten, sondern auch diejenigen Verantwortungsträger (!) im Hintergrund, die durch ihr Handeln erst die Voraussetzungen geschaffen haben, dass der Konflikt überhaupt entsteht.

Aber diese Verantwortungsträger Steinmeier, Merkel und Co. waschen nach jeder neuen Tat ihre Hände in Unschuld, als hätten sie persönlich nichts damit zu tun. Jedesmal wenn das ethnische Pulverfass, das früher einmal Deutschland war, in die Luft fliegt, fahren sie mit ihren dicken Autos zu den Leichen hin, schauen sich das Blut an und vergießen ein paar Krokodilstränen für das Fernsehen. Dann zeigen sie mit dem Finger auf andere: islamische Spinner oder rechtsextreme Wirrköpfe, je nachdem. Die Taktik ist immer dieselbe: jede Mitschuld möglichst weit von sich weisen.

Dabei liegt die Verantwortung für das ethnische Pulverfass klar auf der Hand: Seit Jahren überrennt unsere politische Elite die Menschen mit ihrer fragwürdigen Vision einer totalen „Bunten Republik Deutschland“ (Christian Wulff). Unsere Elite erwartet, dass die Menschen ihr in dieser Vision bedingungslos folgen – und zwar alle Beteiligten. Von den indigenen Deutschen wird erwartet, dass sie sich für diese Vision einer ethnischen, religiösen und kulturellen Umgestaltung ihres Landes ausnahmslos begeistern. Und von den angesiedelten Türken und Arabern wird erwartet, dass sich diese Leute hier sofort zurechtfinden und auf die Begegnung mit den ihnen kulturell völlig fremden indigenen Deutschen mit Toleranz und „Integration“ reagieren.

Diese Vision unserer Führungsschicht aber überfordert beide Seiten von Beteiligten. Sie überfordert die indigenen Deutschen, die dem radikalen ethnischen und religiösen Umbau ihres Heimatlandes eben nicht nur mit Begeisterung, sondern oft genug auch mit Fassungslosigkeit gegenüberstehen. Und sie überfordert die angesiedelten Türken und Araber, die dem

Kulturschock in Europa nicht gewachsen sind und sich in ihr archaisches Schneckenhaus zurückziehen.

All dies ist seit Jahrzehnten bekannt. Die „Bunte Republik“ funktioniert nicht. Sie ist eine Illusion, ein Hirngespinnst einer abgehobenen, akademischen Elite von weltfremden Theoretikern im politischen Elfenbeinturm. Dieses Projekt überfordert die Menschen auf beiden Seiten. Der Buntismus schafft kein Paradies – der Buntismus schafft Leichen.

Statt immer mit dem Finger auf andere zu zeigen, sollten sich die hohen Herren und Damen in ihren gepanzerten BMWs lieber mal selbstkritisch die Frage stellen: Ist nur derjenige der Täter, der das Pulverfass entzündet? Oder trifft nicht viel größere Mitschuld denjenigen, der das Pulverfass zusammenmischt, es bereitstellt und dann nur darauf zu warten braucht, bis irgendein Knallkopf es entzündet?



Minden: Zufallsoffer (55) stirbt nach Tritt von 17-Jährigem

Von JOHANNES DANIELS | Nach der [schweren Attacke auf einen 55-jährigen Mindener am Busbahnhof](#) am späten Silvesterabend ist das Opfer der Attacke am Dienstag im Johannes-Wesling-Klinikum verstorben. Zivilfahnder der Polizei hatten am Silvesterabend

gegen 22.35 Uhr beobachtet, wie ein 17-Jähriger dem Mann an der Lindenstraße zunächst einen leichten Schubs versetzte und anschließend heftig gegen den Oberkörper trat. Daraufhin stürzte der 55-Jährige zu Boden und schlug dabei mit dem Kopf auf. Ein Notarzt kümmerte sich vor Ort um den Schwerverletzten und ließ den Mann auf die Intensivstation des Klinikums einliefern.

15-jähriger Begleiter sofort wieder auf freiem Fuß

Die Zivilfahnder nahmen den Täter vor Ort sofort fest. Der 17-Jährige befindet sich seit Neujahr wegen des Vorwurfs der gefährlichen Körperverletzung in Untersuchungshaft und schweigt aber zu den Vorwürfen. Sein 15-jähriger Begleiter stellte sich am Donnerstag vergangener Woche den Ermittlern, er machte aber keine Angaben zum Geschehen. Der 15-Jährige wurde in Absprache mit der Staatsanwaltschaft anschließend unverzüglich wieder auf freien Fuß gesetzt, denn (Mit-)Täterschutz hat mittlerweile oberste Priorität bei der deutschen Justiz. Bislang konnten oder wollten weder Polizei noch Staatsanwaltschaft nähere Auskünfte über die Nationalitäten des Täters und Beihelfers mitteilen.

Sollte sich der Tatvorwurf erhärten, dass der 55-Jährige wegen der Attacke und dem darauffolgenden Sturz gestorben sei – was aufgrund der Tatkausalität stark anzunehmen ist -müsse sich der 17-Jährige laut Staatsanwaltschaft [„vermutlich wegen des Vorwurfs der Körperverletzung mit Todesfolge verantworten“](#).

Das 55-jährige Zufallsoffer hatte man aufgrund seines Gesundheitszustandes nach der Tat nicht mehr vernehmen können, erklärte ein Sprecher der NRW-Polizei. Um herauszufinden, „was hinter der Attacke stecke“, hoffen Polizei und Staatsanwaltschaft auf Zeugen, die Angaben zu dem Geschehensablauf machen können. Hinweise nimmt die Polizei in Minden telefonisch unter (0571) 88 66 0 entgegen.



Kempten: „Jugendgruppe“ sticht mit Messer auf 17-Jährigen ein

Von DAVID DEIMER | Nichtraucher leben gefährlich in Bayern: Ein 17-Jähriger ist in Kempten (Allgäu) von mehreren Jugendlichen angegriffen und mit einem Messer schwer verletzt worden. Der junge Mann war in der Nacht auf Freitag zusammen mit zwei Bekannten in der Dornierstraße unterwegs, wie die Polizei mitteilte. Dort seien sie zufällig auf drei andere Jugendliche getroffen, „die sie nach Zigaretten“ fragten. Dies verneinten die jungen Allgäuer und gingen weiter. Die Nichtraucher wurden aber von der „Jugendgruppe“ weiter in die Lindauer Straße verfolgt und bedrängt.

Wenige Minuten später bedrohten die drei Täter im Alter von 15 und 16 Jahren dann den 17-Jährigen mit einem Messer und forderten ihn auf, seine Wertsachen herauszugeben. Als sich der 17-Jährige wehrte, wurde er mit dem Messer [am Oberkörper schwer verletzt](#).

Täter gerieten untereinander in Streit

Die Polizei Kempten konnte nach kurzer Fahndung die drei Messertäter festnehmen, nachdem die „Jugendgruppe“ untereinander lautstark „in Streit geraten war“. Einer der Täter leistete Gegenwehr, als er in den Haftraum gebracht wurde, und schlug und trat nach den Polizisten. Die Messerbereicherer sitzen derzeit vorläufig wegen versuchter schwerer räuberischer Erpressung und gefährlicher Körperverletzung in Untersuchungshaft. Angaben über die Nationalitäten der Angreifer wollte die Staatsanwaltschaft Kempten noch nicht preisgeben, wohl aus Gründen des Jugendschutzes der 15- bis 16-jährigen prospektiven Mörder.

Das Messer gehört zu Kempten

Das ehemals idyllische Kempten im Allgäu wird ein zunehmend kriminelles Pflaster und ein Schwerpunkt des migrationsgesteuerten Drogenhandels in Westbayern. Vor einigen Monaten kam es in der Innenstadt von Kempten zu einer lebensgefährlichen Auseinandersetzung, als „[zwei Gruppen junger Männer](#)“ in Streit gerieten. Die Situation geriet dann völlig außer Kontrolle, als einer der zehn Männer ein Messer zog. Einer der polizeibekanntes Männer mit Migrationshintergrund wurde darauf mit mehreren Messerstichen im Bauch in die Notaufnahme des Klinikums Kempten eingeliefert. Der Mann schwebte in Lebensgefahr und musste notoperiert werden. Weitere Umstände der Tat waren zunächst unbekannt. Die Kriminalpolizei ermittelt derzeit.

Im nahe gelegenen Oberstdorf hatten Tage zuvor ein 29-Jähriger am Bahnhof zwei Zufallsoffer nach Feuer gefragt. Dann zog er plötzlich ein Messer und hielt es einem der Männer an den Hals. Er verletzte diesen mit zwei Schnitten in die Schulter. Unvermittelt stach der 29-Jährige dem anderen Mann in den Brustkorb. Die beiden verletzten Männer flüchteten in Todesangst zu einer nahegelegenen Polizeistation. Die Polizeibeamten wurden vor dem Gebäude von dem Angreifer ebenfalls mit dem Messer bedroht. Trotz massiven Widerstands konnte der Angreifer schließlich entwaffnet und festgenommen

werden, wie die Polizei mitteilte. Dabei wurden [drei Polizisten verletzt](#).



Wie gefährlich sind die Buntisten?

Von C. JAHN | Der Buntismus unserer totalen Bunten Republik ist eine radikale Ideologie, wie sich [im ersten Teil dieser PI-NEWS-Serie](#) erkennen ließ. Aber sind Merkel, Steinmeier & Co. tatsächlich so radikal, dass sie auch vor der Möglichkeit eines zukünftig denkbaren Massenmords an Deutschen nicht zurückschrecken?

Der aktuelle Vergleich Merkels mit Hitlers durch die AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst („Schnauzer trägt jetzt Raute“) hat eine Debatte wiederbelebt, die in den vergangenen Jahren immer wieder geführt wurde: Lässt sich der Buntismus der Gegenwart insbesondere hinsichtlich seiner Radikalität und mörderischen Folgewirkungen mit bestimmten politischen Strukturen und Entwicklungen des Dritten Reiches vergleichen? [Im besagten ZDF-Interview](#) verweist Nicole Höchst auf eine historische Beurteilung der gegenwärtigen Politik aus einer Zukunftsperspektive von „50 Jahren“ – ähnlich wie die Radikalität und Gefährlichkeit des National-Sozialismus des Dritten Reiches ja auch erst aus der Rückschau offenbar wurde, nachdem sich die Leichen bereits zu Bergen türmten.

In „50 Jahren“, wenn wir einmal bei diesem Zeithorizont bleiben wollen, wird Deutschland, sofern die gegenwärtige Umvolkungspolitik ungehindert weiter betrieben wird, von etwa 120 Millionen Menschen bewohnt sein, von denen bestenfalls noch 25 Millionen Menschen tatsächlich indigene Deutsche sein werden. Der Autor dieses Textes nimmt dabei an, dass die Ansiedlung afrikanischer und orientalischer Kolonisten in den kommenden Jahren weiterhin exponentiell ansteigen wird, d.h. der gegenwärtige Bevölkerungsaustausch, bei dem der Sterbeüberschuss der Deutschen durch die Ansiedlung von Afrikanern und Orientalen ziemlich genau 1:1 ausgeglichen wird, wird sich immer stärker zugunsten der Kolonisten verschieben.

Diese sich exponentiell beschleunigende Entwicklung wird vor allem durch eine unverändert radikale Siedlungspolitik – „Seenotrettung“, „Familiennachzug“, „Einbürgerung“ – vorangetrieben werden, aber auch durch die höhere Geburtenrate der überwiegend ungeschulten und ungebildeten Kolonisten. Zudem ist davon auszugehen, dass sich als Begleiterscheinung der mit der Kolonisation einhergehenden gesamtgesellschaftlichen Umvolkung auch die Heiratspräferenz der indigenen deutschen Frauen verändern wird, die in Zukunft immer stärker versuchen werden, gesellschaftliche Nachteile für ihre Kinder dadurch zu vermeiden, indem sie sich Heiratspartner aus der künftig tonangebenden Mehrheitsbevölkerung suchen – in absehbarer Zeit also aus der Bevölkerungsgruppe der angesiedelten Kolonisten. Wir werden daher neben den bereits bekannten ethnisch-demographischen Veränderungen noch zusätzlich wirkende demographische Eigen-Dynamiken erleben, die die Geschwindigkeit des Umvolkungsprozesses in den nächsten Jahren deutlich über das Niveau der Gegenwart hinaus weiter steigern werden.

In „50 Jahren“ wird der Bevölkerungsanteil der indigenen Deutschen also nicht geradlinig, sondern exponentiell abgesunken sein und bei nur noch etwa 20 Prozent liegen. Diese

Restdeutschen werden sich dann einer sowohl ethnisch als auch politisch dominanten Mehrheitsgesellschaft von überwiegend afrikanischen und orientalischen Mohammedanern gegenübersehen. Um in dieser kritischen Lage weder politisch noch wirtschaftlich völlig an den Rand gedrängt zu werden, werden viele dieser indigenen Deutschen – wie wir dies schon heute in einigen stark umgevolkten Gebieten Westdeutschlands beobachten – mehr oder weniger notgedrungen zum Islam konvertieren, als Konvertierte genießen sie dann zumindest einen gewissen Mindestschutz. Es werden in „50 Jahren“ also noch etwa zehn bis 15 Prozent nominell christliche oder atheistische indigene Deutsche in Deutschland leben, etwa 15 Millionen Menschen.

Wir wollen hier nicht weiter spekulieren, zu welchen Mitteln der dann herrschende, sicher weitgehend islamisch geprägte Staat greifen wird, um mit diesen 15 Millionen nicht-islamischen Restdeutschen umzugehen. Vielleicht wird man diese Leute leben lassen, vielleicht wird man sie nur politisch marginalisieren, vielleicht auch wirtschaftlich. Vielleicht lässt man sie sogar in Ruhe. Aber vielleicht – und diese Möglichkeit besteht natürlich ebenfalls – werden die dann afrikanischen und orientalischen Herrscher sich aufgrund irgendeiner tagespolitischen Situation auch dazu entschließen, sich dieser Restdeutschen ein für allemal zu entledigen und in diesem Zusammenhang mitunter Handlungsansätze diskutieren, die sowohl in Afrika – Stichwort Ruanda – als auch im Orient – Stichwort Armeniermord – bereits mit gewissem „Erfolg“ zugunsten der Täter praktiziert wurden, im Fall der Armenier sogar ohne Reue und Sühne.

Entscheiden sich die künftig herrschenden Machttträger dann in Bezug auf die Restdeutschen aus irgendwelchen Gründen für eine solche Neuauflage des Umgangs mit Armeniern bzw. Tutsi, würde sich zugleich der ideologische Kreis des heutigen Merkel-Staates in seiner letzten Konsequenz schließen: Am Ende der totalen Bunten Republik mit ihrem Selbstverständnis als diametralem Gegensatzstaat zum Staat Hitlers wird

konsequenterweise auch das Gegenteil zum Hitlerschen Massenmord an Nichtdeutschen stehen – also der Massenmord an Deutschen.

Das oben geschilderte Szenario soll nicht verschrecken, sondern allein zur Veranschaulichung einer denkbaren politischen Entwicklung dienen, die so nicht zwingend eintreten muss, aber deren grundsätzliche Praktikabilität mit fortschreitender Umvolkung Jahr für Jahr möglicher und wahrscheinlicher wird. Merkel, Steinmeier & Co. wird man sicher nicht unterstellen wollen, einen solchen immerhin schon heute denkbaren, künftig zunehmend umsetzbaren Massenmord an indigenen Deutschen absichtlich herbeizuführen. Aber wir wollen ihnen auch nicht unterstellen, dass sie mit einer geistigen Schlichtheit gesegnet sind, die sie dieses grundsätzliche Gefahrenpotenzial einfach nicht erkennen lässt. Die herrschende Bande muss sich daher den Vorwurf gefallen lassen, aus ihrem ideologischen Fanatismus heraus die Deutschen einem Risiko auszusetzen, das eines Tages Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen von Menschen das Leben kosten könnte.

Vor dem Hintergrund eines solchen Gefährdungsszenarios wäre verantwortliches Handeln, die derzeitige Siedlungspolitik umgehend zu beenden und zugleich mit einer konsequenten Rückabwicklung der Kolonisation zu beginnen, um genau das oben geschilderte Szenario niemals auch nur annähernd in den Bereich einer Möglichkeit gelangen zu lassen. Radikales Handeln ist es hingegen – und diesen Vorwurf muss sich die Staatsführung gefallen lassen –, die Siedlungspolitik trotz eines solchen Szenarios mit unverminderter ideologischer Verbohrtheit fortzusetzen.

Die Buntisten der Gegenwart, Merkel, Steinmeier & Co., werden in „50 Jahren“ natürlich schon tot sein, niemand wird sie daher für die wie immer gearteten langfristigen Folgen ihrer heutigen Siedlungspolitik jemals belangen können. Diese Gewissheit, niemals belangt zu werden, dürfte diesen Tätern

auch jene erstaunliche Seelenruhe geben, die sie für ihre Rücksichtslosigkeit und geistige Brutalität benötigen, um ihre gegenwärtige Umvolkungspolitik nicht nur umzusetzen, sondern auch alle Warnungen vor den mit dieser Politik verbundenen Risiken und Nebenwirkungen stur in den Wind zu schlagen. Aber die Welt wird sich, wenn eines Tages das Grauen über die letzten Deutschen in Deutschland hereinbricht, ganz sicher noch an den Namen Angela Merkel erinnern und dann ganz sicher auch genau jene Parallelen zur deutschen Geschichte ziehen, die Nicole Höchst in besagtem ZDF-Interview bereits heute angedeutet hat. Aus Sicht der Welt wird Massenmord in Deutschland immer Massenmord in Deutschland sein – ganz gleich unter welchem Vorzeichen.



Wie radikal sind die Buntisten?

Von C. JAHN | Sind die Führer unserer totalen Bunten Republik so radikal, dass sie für ihre Ideologie auch über Leichen gehen? Wird der buntistische Staat eines Tages aufgrund seines Selbstverständnisses als Umkehrstaat des Dritten Reiches vielleicht sogar ebenfalls einen Massenmord auslösen – nur an Deutschen statt an Nicht-Deutschen? Wäre dann der aktuelle Vergleich der AfD-Abgeordneten Nicole Höchst zwischen Hitler und Merkel als der geistigen Leitwölfin der Buntisten ([„Der Schnauzer trägt jetzt Raute“](#)) insofern berechtigt, als dass

auch Merkel durch ihre besonders radikale Umvolkungspolitik die Grundlagen für einen neuen Massenmord im Zentrum Europas gelegt hat?

Gleich vorweg: Umvolkung ist immer eine radikale Maßnahme, ganz gleich ob sie von der NSDAP an Polen und Ukrainern oder durch CDU/CSU/SPD an Deutschen praktiziert wird. Umvolkung geht auch immer einher mit einem schrittweisen Ethnozid – der kulturelle und sprachliche Entfaltungsraum der Indigenen schwindet –, sie muss aber nicht zwangsläufig in einen Genozid, einen Völkermord an den Indigenen, einmünden. Zwar werden Umvolkungsprozesse früher oder später stets zur Gewalt durch Kolonisten an der indigenen Bevölkerung führen, da Gewalt den Gesamtprozess massiv beschleunigt und diese Gewalt für die Kolonisten mit nur geringem Verfolgungsrisiko verbunden ist.

Zentraler Bestandteil jeder Umvolkungspolitik sind ja gewisse Vorrechte, die der Staat den Kolonisten gegenüber den Indigenen gewährt und ohne die der Umvolkungsprozess gar nicht möglich wäre. Wir kennen solche durch den Staat eingeräumten Vorrechte der Kolonisten bereits aus der historischen Landnahme Nordamerikas, wir haben sie im Zweiten Weltkrieg bei der versuchten Kolonisation der Ukraine durch die vom NS-Staat angesiedelten deutschen Bauern erlebt, und sie begegnen uns auch im heutigen Westeuropa wieder, wo der berüchtigte „Migrantbonus“ bei Straftaten von Kolonisten gegenüber europäischen Indigenen zum festen Bestandteil der sogenannten „Rechtssprechung“ wurde.

Aber ob eine finale genozitäre Eskalation als denkbare Endstufe jeder Umvolkungspolitik tatsächlich betrieben wird oder nicht, ist letztlich immer eine Frage des politischen Willens. Die ideologischen Hintermänner jeglicher Umvolkungspolitik stehen daher eines Tages stets vor derselben richtungsweisenden Entscheidung: Entweder sie nehmen einen denkbaren oder sich bereits abzeichnenden Massenmord an den Indigenen als Begleiterscheinung ihrer Politik in Kauf, oder

sie bremsen die Umvolkung aus, sobald erkennbar wird, dass diese Politik im Endergebnis auch zu einem Völkermord an den Indigenen führen könnte. Im ersten Fall würde man eine besonders radikale Variante erkennen, im zweiten Fall eine gemäßigtere Politik, bei der die Vermeidung von Mord und Totschlag letztlich höher wiegt als die Durchsetzung der eigenen ideologischen Zielsetzungen.

Zur Klärung der Frage der Radikalität unserer buntistischen Führer der Gegenwart – Merkel, Steinmeier & Co. – sei zunächst ein Blick auf die zentralen Inhalte und Zielsetzungen ihrer Ideologie geworfen. Dabei zeigt sich sehr schnell, dass der Buntismus nicht nur prinzipiell als radikal zu bewerten ist – Umvolkung ist immer radikal –, sondern auch, dass seine geistigen Ursprünge in engster Verbindung zu ideologischen Lehren stehen, die historisch Millionen von Toten zu verantworten haben.

Grundsätzlich sieht die buntistische Ideologie in Deutschland nicht das Land der Deutschen, sondern ein globales Siedlungsgebiet, ähnlich wie die europäischen Kolonialstaaten des 19. Jahrhunderts Amerika, Afrika, Südostasien und Australien unabhängig von den dort bereits lebenden Völkern als offene Siedlungsgebiete für ihre eigenen europäischen Bevölkerungen betrachteten. Der Buntismus der Gegenwart versteht sich somit als eine Umkehrung der europäischen Kolonisationspolitik des 19. Jahrhunderts: Kolonisiert werden sollen heute nicht mehr außereuropäische Länder durch Europäer, sondern Europa soll kolonisiert werden durch Siedler aus Afrika und dem Orient.

Damals wie heute wird eine vermeintliche oder sich abzeichnende Unterbevölkerung der zu kolonisierenden Gebiete – damals Afrika, heute Europa – als Rechtfertigung der Kolonisation herangezogen sowie verschiedene verhaltensethische und kulturbezogene Argumente: seinerzeit die europäische Zivilisation, die den Afrikanern zu bringen sei, heute die „Bereicherung“ durch „edle Wilde“ und „Menschen

mit Lebensfreude“, mit denen man die Europäer zu beglücken habe. All diese siedlungspolitischen Ideologien, sowohl der Kolonialismus des 19. Jahrhunderts als auch der Buntismus der Gegenwart, sind aufgrund der mit dieser Politik einhergehenden massiven ethnopolitischen Verwerfungen grundsätzlich als äußerst radikal einzuschätzen.

Diese Radikalität des Denkens lässt sich im Fall des Buntismus auch in seinen historischen Ursprungsideologien erkennen. Auf welche geistigen Grundlagen der Buntismus genau zurückgeht, ist bekanntlich umstritten. Die einen sehen im Buntismus lediglich eine Fortentwicklung der kulturellen Selbstzerstörungslehre der 68er, deren Wurzeln wiederum in der maoistischen, zivilisationsfeindlichen Kulturrevolution Chinas von 1966 liegen. Diese Interpretation betrachtet den Buntismus der Gegenwart lediglich als

eine 1968 nach Westeuropa importierte und geringfügig abgewandelte Variante des autoaggressiven, auf kulturelle Selbstzerstörung ausgerichteten Maoismus. Selbsthass und zivilisationsfeindliche Stoßrichtung des Maoismus werden dabei in seiner westeuropäischen Abwandlung nicht nur durch die für den Maoismus sowieso typische Ablehnung der traditionellen Kultur und zivilisierten Verhaltens praktiziert, sondern werden zusätzlich verstärkt durch Massenansiedlung fremdkultureller Personen mit erkennbar barbarischer Prägung.

Andere sehen im Buntismus hingegen eine überspitzt anti-faschistische Ideologie, die sich, unabhängig von solchen maoistischen Fragen nach Kultur und Zivilisation, als diametral entgegengesetzte Antwort auf das rassistische Ideologiegebäude des Dritten Reiches versteht und daher in erster Linie durch rassistisches Denken definiert. Als Anti-Lehre



einer Rassenideologie ebenfalls primär rassistischem Denken verhaftet, steht in der Rassenhierarchie des Buntismus der „Schwarze“ nun nicht mehr „unter“ dem „Weißen“, wie im klassischen Rassismus der NS-Zeit, sondern als Antithese konsequenterweise „über“ ihm. Wie einst der „Schwarze“ und „Jude“ dient daher heute der „Weiße“ als stereotypes rassistisches Feindbild der staatlichen Propaganda und begegnet uns als solches Tag für Tag in der gängigen Hassphrase von den „alten weißen Männern“, wie sie unsere politische Elite üblicherweise zur bewusst abwertend-rassistischen Personifizierung für alles Böse dieser Welt verwendet.

Wahrscheinlich liegt die Wahrheit in der Mitte: Die ideologischen Ursprünge des Buntismus finden sich sowohl im kulturrevolutionären, anti-zivilisatorischen Maoismus der 68er als auch in einer primär rassistisch verhafteten Ideologie in der geistigen Tradition des Dritten Reichs, die uns heute nur unter umgekehrten Vorzeichen wieder heimsucht. Es zeigt sich somit: Wer den geistigen Ursprüngen des buntistischen Gedankenguts nachgeht, wird sehr schnell im Dunstkreis von Ideologien fündig, die schon damals nicht nur äußerst radikal dachten, sondern bei der praktischen Umsetzung ihrer Radikalität auch über Millionen von Leichen gingen.

Vor diesem Hintergrund einer unverkennbaren geistigen Nähe des Buntismus zum rassistischen Denken des Dritten Reiches, obwohl unter umgekehrtem Vorzeichen, scheint auch Nicole Höchsts aktueller Vergleich zwischen Hitler als dem prominentesten politischen Vertreter des vorkriegszeitlichen „weißen“ Rassismus und Merkel als der zweifellos weltweit prominentesten Vertreterin des heutigen – grundsätzlich implizit anti-„weißen“ – Buntismus in Deutschland nicht ganz unberechtigt. Fraglich ist allerdings – und diese zwangsläufige Folgefrage wurde mit Bezug auf Hitlers Judenmorde auch [in Nicole Höchsts ZDF-Interview](#) durch den Reporter gestellt –, ob die Radikalität der heutigen Buntisten so weit geht, dass sie ganz in der Tradition ihrer geistigen

Ursprungslehren Maoismus und hitlerischem Rassismus eines Tages ebenfalls vor Leichenbergen und Massenmord nicht zurückschrecken werden.

Um diese in Nicole Höchsts Interview nur indirekt angedeutete Fragestellung einmal in aller Deutlichkeit zu formulieren: Wird ein Staat, dessen Ideologie sich aus dem Selbstverständnis eines diametralen Gegensatzes zum mörderischen „weißen“ Rassismus und deutschen Nationalismus des Dritten Reiches speist, eines Tages genau wie sein ideologischer Spiegelbildstaat zu mörderischen Methoden greifen, wenn auch unter diametral entgegengesetzten Vorzeichen? Werden also eines fernen Tages – Nicole Höchst spricht von „50 Jahren“ – in letzter Konsequenz unserer totalen Bunten Republik nicht Juden und Zigeuner in Deutschland ermordet werden, sondern Deutsche?

» **Morgen: Teil 2 – Wie gefährlich sind die Buntisten?**



Der Dresdner Raub zeigt den deutschen Zustand

Von WOLFGANG HÜBNER | Dringender Appell an die zuständigen Stellen in Russland und anderswo: Bitte behaltet und sichert eure „Raubkunst“ aus dem Zweiten Weltkrieg. Jedenfalls so lange, bis in Deutschland wieder normale Verhältnisse

herrschen. Denn was immer noch in eurem Besitz ist: Im Land der Grenzöffnerin und der „Hass“-Jäger ist nichts mehr sicher. Das haben die [Dresdner Räuber eindrucksvoll bewiesen](#). Die bunte Republik hat sich in der Merkel-Ära nahezu vollständig entwaffnet. Nur seine politischen Entwaffnungsbetreiber werden noch einigermaßen erfolgversprechend geschützt.

Der Einbruch ins „Grüne Gewölbe“ könnte keinen größeren Symbolgehalt für den Zustand in Deutschland am Ende des Jahres 2019 haben – dieses Geschehen ist ein Menetekel. Denn das Kernland Europas ist nach außen wie auch nach innen weder verteidigungsfähig noch verteidigungsbereit. Das Erbe der Generationen, die nach der größten politisch verschuldeten Katastrophe in der nationalen Geschichte seit dem Dreißigjährigen Krieg aus einem Meer von Ruinen wieder blühende Landschaften und Städte geschaffen haben, wird in einer unseligen Mischung aus gesellschaftlicher Dekadenz, korrupter Parteienherrschaft und hypermoralischer Selbstverblendung ruiniert.

Es kann zwar noch wenige Jahre dauern, bis auch der allerletzte Schlafmichel schmerzvoll am eigenen Schicksal begreift, was hierzulande vor sich geht. Schließlich lässt es sich von der unter millionenfachen Verzicht und Opfern erarbeiteten Substanz noch einige Zeit auf trügerischem Konsumniveau und begleitet vom ohrenbetäubenden Lärm des bunten Lebens irgendwie existieren. Doch wer sich die Ohren zuhält, aber die Augen aufmacht für die Realitäten, der kann sich keinen Illusionen mehr hingeben. Es braucht gar keinen großen ökonomischen Crash mehr, um zu wissen: Der deutsche Weg führt steil abwärts!

Diese Feststellung ist kein Ergebnis von Pessimismus und Schlechtrednerei, sondern kann tausendfach in der Realität der Ereignisse und Fakten belegt werden. Trotzdem hat das bislang nicht zu massenhaften [Protest- und Widerstandsbewegungen](#) geführt. Die gibt es bislang nur im linksgrünen Lager, wenn es um „Klima“ und „Rechts“ geht. Doch diese Aktivitäten sind für

den Machtkomplex unproblematisch, ja sogar willkommen. Denn im Hintergrund dieser linksgrünen Aufmärsche können die „Eliten“ trefflich Maßnahmen für die totalitäre „Demokratie“ vorantreiben.

[Der aktuelle große Bauernprotest](#) zeigt allerdings, dass es immer größere Bruchstellen gibt zwischen nicht vereinbaren Interessen: Es kann eben keine ökologisch verträgliche Landwirtschaft zu den bisherigen Verbraucherpreisen geben. Und wer konsequent Greta-Politik treiben will, kann keine Rücksicht auf Millionen Arbeitsplätze in der Industrie nehmen – mit allen Folgen nicht zuletzt für den Dienstleistungssektor, dem dann die Finanzierungsgrundlage wegbricht.

Es sind diese und viele andere kleinere oder größere Bruchstellen, die oppositionelle freiheitlich-patriotische Kräfte erkennen und nutzen müssen. Das kann niemals mehrheitlich oder gar ausschließlich parlamentarisch geschehen. Es besteht vielmehr längst die Gefahr, dass sich die Erwartungen und Hoffnungen zu sehr auf das Wirken der AfD richten. Aber auch die ist nur eine politische Partei, deren inneres Leben mit all seinen Positionskämpfen mindestens die Hälfte der Kraft ihrer Aktiven verbraucht, oft genug auch verschwendet. Ohne starke außerparlamentarische [Protestbewegungen](#) in vielerlei Gestalt wird Deutschlands Abwärtsweg nicht zu stoppen sein.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

[PI](#)

[-](#)

[NE](#)

[WS](#)

[-](#)

[Au](#)

[to](#)

[r](#)

Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
sc
hr
ei
bt
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th

em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
. De
r
la

ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur

t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er

.
De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
se
in
e
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
er
re
ic
hb
ar



Berlin: Junkie vor U-Bahn gestoßen – tot

Am Berliner Kriminalitätsschwerpunkt Kottbusser Tor starb in der Nacht vom 29. auf den 30. Oktober ein Mann, nachdem er im Streit vor eine einfahrende U-Bahn gestoßen worden ist. Sicherheitskräfte waren nach dem Augenzeugenbericht eines Blumenhändlers zum Tatzeitpunkt gegen Mitternacht nicht vor Ort.

Das Kottbusser Tor im grün regierten Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gilt neben dem Görlitzer Park als einer der umsatzstärksten Umschlagplätze für Cannabis und Heroin. Die Kriminalpolizei ermittelt. Mindestens ein Täter soll flüchtig sein.

Unsere Bewertung: „Wo der Liberalismus seine äußersten Grenzen erreicht, schließt er den Mördern die Tür auf“, schrieb einst Ernst Jünger.

Wo die Grünen jahrelang regieren und eine Bevölkerung vorfinden, die ihr Gesellschaftsmodell in die Tat umsetzen, gilt über kurz oder lang ein Menschenleben wenig.

Update 30.10.2019, 13:30 Uhr: Nach einem noch unbestätigten

Bericht der „Berliner Zeitung“, die sich auf Ermittlerkreise beruft, soll es sich bei dem Opfer um einen 22-jährigen Iraner handeln, der einen Rollstuhlfahrer vor einem Raubüberfall von zwei Männern bewahrt haben soll. Die beiden flüchtigen Tatverdächtigen werden den Angaben zufolge von Zeugen als Personen „südländischen Phänotyps“ beschrieben. Das Opfer lebte demnach zunächst noch. Passanten sollen sich mit vereinten Kräften gegen die U-Bahn gestemmt haben, um ihn unter der Bahn hervorzuziehen. Er sei dann aber noch am Unfallort trotz Hilfe durch einer Notärztin und eines Rettungssanitäters verstorben. (mr)



Heute: Tag der Opfer der Bunten Republik!

Von GEORG S. | Heute sind wir alle unbunt! Sich am [ersten Sonntag im Oktober](#) in Schwarz zu kleiden, ist nicht nur ein Zeichen des Gedenkens an die deutschen Opfer des Buntismus, sondern auch ein Zeichen der Kritik an dieser verlogenen Ideologie insgesamt.

Der erste Sonntag im Oktober als „Tag der Oper der Bunten Republik“ setzt seit vielen Jahren im Internet ein Zeichen gegen die alltägliche Gewalt der orientalischen und afrikanischen Siedler an uns Deutschen. Setzen wir heute endlich auch in der realen Welt ein Zeichen gegen diese

Gewalt: Tragen wir heute schwarz!

Die ganze buntistische Ideologie ist eine Lüge: Das Markenzeichen der „Bunten Republik“ ist nicht das fröhliche Miteinander zwischen Deutschen und orientalischen Siedlern, sondern es ist eine in der deutschen Geschichte beispiellose Straßen- und Alltagsgewalt. Niemals zuvor, vom 30jährigen Krieg und der Invasion der Russen 1945 abgesehen, hat es in Deutschland eine vergleichbare Häufung von Schändungen, Vergewaltigungen und bestialischen Morden an Deutschen gegeben. Die Fahne des Buntismus ist nicht der Regenbogen, sondern das Leichentuch!

Massenansiedlung und Umvolkungspolitik schaffen in Deutschland kein Paradies auf Erden, sondern eine Hölle der Gewalt und Barbarei.

Es reicht uns! Wir haben es satt, alle paar Tage wieder eine neue Horrorgeschichte zu lesen, welcher nächste orientalische Einwanderer aus welchen archaischen, barbarischen Gründen wieder eine deutsche Frau, einen deutschen Mann oder ein deutsches Kind ermordet hat.

Wir haben es satt, in unserem eigenen Land im öffentlichen Raum nicht mehr sicher zu sein, nicht mehr durch unsere eigenen Parkanlagen oder spät abends durch unsere eigenen Straßen gehen zu können, wie dies vor Beginn der Umvolkungspolitik eine Selbstverständlichkeit war in Deutschland.



Wir haben es satt, dass unsere eigenen Kinder von irgendwelchen ausländischen Kindern, deren Eltern wir angeblich „Schutz“ gewähren, an unseren eigenen Schulen

gemobbt, geschlagen und getreten werden, nur weil sie deutsche Kinder sind oder nicht an Allah glauben. Wir haben genug von dieser Gewalt durch diese von sonstwo hergelaufenen, uns aufgezwungenen Gestalten.

Dieser verlogene Staat muss endlich an den Pranger. Zeigen wir unsere Wut auf diese Zustände endlich öffentlich. Raus aus dem Internet: Tragen wir heute alle ein schwarzes Kleidungsstück als Zeichen unserer Trauer und unseres Zorns!



Foto aus dem Jahr 2013.

Anm. von PI-NEWS: Sie möchten sich auch an der Aktion „Schwarz tragen am Tag der Opfer der Bunten Republik“ am 6. Oktober 2019 beteiligen? Dann schicken Sie uns doch bitte einen kurzen Text und ein Foto (ähnlich wie das hier abgebildete) Ihres persönlichen Gedenkens an diesem Tag. Unsere Email-Adresse: info@pi-news.net



Tag der Opfer der Bunten Republik: Mitmachen!

Von MARTIN | Den Vorschlag, sich am kommenden Sonntag, dem ersten Sonntag im Oktober, im Gedenken an die deutschen Opfer der Umvolkungspolitik [etwas Schwarzes anzuziehen](#), möchte ich als gelegentlicher PI-NEWS-Autor gern unterstützen. Erklären möchte ich dies im folgenden mit einigen wenigen Sätzen.

Auch in diesem Jahr wurden wieder jede Menge Deutsche von unseren heiligen Mitbürgern totgeschlagen, abgestochen oder sonstwie hingemetzelt. Besonders betroffen gemacht hat mich der Mord an dem achtjährigen Jungen im Frankfurter Hauptbahnhof, dessen Namen wir nie erfahren durften – oder zumindest wurde der Name aus politischen Gründen so geheim gehalten, dass er in der breiten Öffentlichkeit nie bekannt wurde. Wäre der Junge ein kleiner Ahmet und der Mörder ein Deutscher gewesen, hätte man uns ganz sicher nicht nur den Namen des Kindes, sondern auch dessen gesamte kurze Lebensgeschichte mitgeteilt, noch am selben Tag und auf allen Sendern. Wahrscheinlich hätte man inzwischen sogar den Platz vor dem Frankfurter Hauptbahnhof nach dem Kind genannt.

Aber das Opfer war kein kleiner Ahmet, sondern nur ein namenloses deutsches Kind. Und der Mörder war eben wieder einmal ein heiliger Mitbürger, ein Eritreer diesmal, einer der vielen Typen, die irgendwie nach Europa eingereist sind und sich dann hier ein schönes Leben machen, in der Regel auf Kosten anderer Leute. Vielleicht war er verrückt oder nicht, die Wahrheit wird man uns sowieso nie sagen. Vielleicht auch hätte diese Tat genauso von einem Deutschen verübt werden können, kann ja sein. Aber das alles ändert nichts an der Tatsache, dass er sehr wahrscheinlich in Eritrea weder politisch noch sonstwie verfolgt war, dass er illegal nach Europa einreiste, mit etlicher Wahrscheinlichkeit seinen Reisepass vorher absichtlich im Müll versenkte, sich

irgendeine tränenreiche Lügenstory ausgedacht hat, um die Asylrichterin zu bezirzen, und deshalb ein verdammter Lügner und windiger Halunke war, vom ersten Tag an, seit er europäischen Boden betrat. Und noch schlimmer ist die Tatsache, dass alle Beteiligten, die seit dem ersten Tag mit diesem Mann zu tun hatten, das insgeheim auch wussten: die Schleuser, die ihn im verfolgungssicheren Ägypten aufs Boot nach Europa geschafft haben, die Kirchenvertreter, die ihn dann bei uns gepöppelt haben, und die Asylrichterin, die sich heute im nachhinein ihre befleckten Hände in Unschuld wäscht.

Dieser Eritreer war nur hier, weil ihn eine verlogene Staats- und Kirchenmafia hierher eingeschleust hat und dann so getan hat, als würde sie seine Ammenmärchen glauben, nicht wenige der Beteiligten aus rein persönlichen Gründen: Karriere machen und noch mehr Geld verdienen schafft man in Staat und Kirche heute nämlich nur noch, wenn man die Umvolkungspolitik mit Leib und Seele unterstützt und dabei zur Not auch über Leichen geht.

Die Leiche, über die alle Beteiligten in diesem Fall gegangen sind, war ein achtjähriger Junge, der als Zufallsoffer auch mein Sohn hätte sein können. Tatsache ist deshalb auch, dass dieser Junge noch am Leben wäre, wenn ihn all diese beteiligten Verbrecher unserer Asylindustrie nicht um sein Leben betrogen hätten.



Den Schmerz der Mutter, deren Namen wir ebenfalls nie erfahren durften, weil es ja nur eine deutsche Mutter war und keine heilige Mitbürgerin, kann ich sehr gut nachvollziehen. Es blutet mir das Herz, wenn ich an den Schmerz dieser namenlosen

Mutter denke, die dieser Staat, in dem wir leben, längst vergessen hat.

Deshalb werde ich mich am Sonntag an dieser Aktion beteiligen. Es ist mir völlig gleich, ob das irgendetwas bringt. Es ist mir auch völlig egal, ob sonst noch irgendjemand mitmacht oder sich so mancher schon heute seine Ausrede überlegt, warum er leider wieder nicht dabei sein kann, wenn wir dringend einmal ein Zeichen setzen sollten. Mein Schwarz am nächsten Sonntag ist mein Mitgefühl für all die Menschen, die ihre Liebsten verloren haben, weil dieser Staat für seine widerliche, verlogene Politik über Leichen geht.



Foto aus dem Jahr 2013.

Anm. von PI-NEWS: Sie möchten sich auch an der Aktion „Schwarz tragen am Tag der Opfer der Bunten Republik“ am 6. Oktober 2019 beteiligen? Dann schicken Sie uns doch bitte einen kurzen Text und ein Foto (ähnlich wie das hier abgebildete) Ihres persönlichen Gedenkens an diesem Tag. Unsere Email-Adresse: info@pi-news.net



Schwarz kleiden am Tag der Opfer der Bunte Republik!

Von GEORG S. | Jedes Jahr am ersten Sonntag im Oktober, dieses Mal also am 6.10., gedenken wir der deutschen Opfer, die die „Bunte Republik“ auf ihrem Gewissen hat. Zeigen wir in diesem Jahr unseren Protest und unsere Trauer öffentlich. Tragen wir am 6.10. nur schwarze Kleidung!

Die „Bunte Republik“, dieser Staat der totalen Umvolkung, ist nicht „bunt“, sondern seine wahre Farbe ist blutrot. Das Markenzeichen dieses Staates ist nicht der Regenbogen, sondern es sind Leichen. Und immer sind es Deutsche, die von Siedlern und Eindringlingen aus dem Orient und Afrika abgestochen, totgeprügelt, vor Züge geworfen oder – wie im Fall des erst kürzlich in Stuttgart grausam getöteten Wilhelm L. – mit dem Schwert zerhackt werden.

Unsere politische Elite beschönigt, beschwichtigt: Angeblich sind das immer nur Einzelfälle. Tatsächlich aber ist das Muster immer dasselbe: Islamische Eindringlinge töten Deutsche aus geringsten Anlässen. Aber unsere Elite behauptet, dieses Töten hätte nichts mit der Ansiedlung dieser Leute in Deutschland zu tun. Und dieses Töten hätte auch nichts mit der „Religion“ dieser Leute zu tun, obwohl diese „Religion“ in ihren jeweiligen Schriftstücken nur so strotzt von Gewaltaufrufen gegen Menschen, die von dieser „Religion“ nichts halten.

All das, was uns die politische Elite erzählt, ist Lüge!

Die Wahrheit ist: Die deutschen Toten wären alle noch am Leben, wenn unser verbrecherischer Staat nicht über Jahrzehnte schon diese Leute aus vollkommen anders gestrickten „Kulturen“ in Deutschland angesiedelt hätte. „Kulturen“, die mit unserer deutschen, europäischen, christlichen, aufgeklärten Kultur völlig inkompatibel sind. „Kulturen“, die mit dem primitiven religiösen Hass, der ihnen innewohnt, und ihrem barbarischen Männlichkeitskult nichts zu suchen haben in einem modernen Europa.

Die Wahrheit ist: All diese deutschen Toten sind auch die Toten der politischen Verantwortungsträger. Es sind nicht nur die Toten der afrikanischen und orientalischen Mörder, sondern es sind die Toten derer, die diese Mörder nach Deutschland geholt haben. Es sind auch die Toten der Merkels, der Steinmeiers, der Claudia Roths, die ihre Hände im nachhinein so gern in Unschuld waschen, deren Hände aber vor Blut nur so triefen.

Der „Tag der Opfer der Bunten Republik“ an jedem ersten Sonntag im Oktober ist seit vielen Jahren ein Gedenktag im Internet, an dem wir uns an die zahllosen deutschen Opfer des buntistischen Gesellschaftsexperiments erinnern. Treten wir in diesem Jahr mit unserer Trauer und unserem Protest gegen dieses Morden an Deutschen an die Öffentlichkeit! Zeigen wir den Merkels, den Steinmeiers, den Roths, was sie anrichten mit ihrer „Bunten Republik“, zeigen wir ihnen, dass sie persönlich Mitverantwortung tragen für all dieses grauenhafte Töten. Setzen wir am 6.10. alle ein sichtbares Zeichen der Trauer und des Protests.

Tragen wir am 6.10. alle schwarz!



„Buntheit“ wird zum Synonym für Spaltung in Deutschland

Von SELBERDENKER | Man hat uns allen einen GEZ-Finken in den Nacken gesetzt, der uns „qualitätsjournalistisch“ einträllern soll, was richtig und was falsch, was gut und was böse ist. Man zwingt uns auch noch, diesen Vogel auf eigene Kosten zu füttern, obwohl er bereits viel zu fett ist. Merkels fette Finken wird man so leicht nicht los. Man kann sie jedoch kritisieren, ignorieren und gelegentlich seine eigene Birne benutzen. Leider gelingt dies immer noch zu Wenigen.

„Vielfalt und Buntheit“?

Das konstruierte Dogma dieser Zeit ist die „bunte Gesellschaft“. Eine weitere, gern bemühte Vokabel der herrschenden Zunft ist „Vielfalt“. Dass etwas vielfältig oder bunt ist, bedeutet noch lange nicht, dass es automatisch gut oder richtig ist. Doch ist die Ratio wohl nur störend, wo die reine Emotion kurzfristiges Wohlbefinden verspricht. Buntheit und Vielfalt sind in dieser Zeit positiv besetzte Begriffe. Deshalb werden sie verwendet.

Doch was sie uns da als „Vielfalt und Buntheit“ unterjubeln, ist gesellschaftlich zerstörerisch. Es gibt kulturelle Bereicherung, es hat schon immer Zuwanderung gegeben. Doch neue Farben können nur bereichernd sein, wenn sie sich in das bestehende Bild respektvoll einfügen. Das muß maßvoll mit dem Pinsel geschehen. Über dem Gemälde Deutschland werden jedoch

weiterhin wahllos Eimer mit den immer gleichen Farben ausgekippt, was uns dann von den Herrschenden und deren Profiteuren als große politische Kunst verkauft wird. Das erzeugt Dissonanzen und spaltet die Gesellschaft – in Migranten und Einheimische, in Befürworter und Gegner dieses Vorgehens.

LGBT

Bunt ist auch die Fahne der „LGBT-Bewegung“. Sie geben vor, sich zum Beispiel für das Wohl und die Akzeptanz von Homosexualität einzusetzen. Durch ihre [provozierenden Aktionen](#) erreichen sie aber das genaue Gegenteil. Sie schaffen sich, im Namen aller Homosexuellen, weitere Gegner, was zum Nachteil der meisten Homosexuellen ist. Die wollen in der Regel, wie die meisten Menschen, einfach nur in Ruhe ein normales Leben führen. Politisierung und Ideologisierung von Homosexualität führt nur zu vordergründiger, ideologisch erzwungener Akzeptanz. Echte Toleranz ist gut, sie muss jedoch freie Entscheidung bleiben, die ganz ohne den gutmenschlichen Zeigefinger auskommt. Sex sollte Privatsache sein. Wo Sexualität zum Event wird, hört sie jedoch auf, Privatsache zu sein.

Wer sich mit seiner sexuellen Orientierung ausdrücklich schmückt, seine Andersartigkeit betont, darf sich auch nicht wundern, wenn er oder sie als „nicht normal“ wahrgenommen wird. Die LGBT-Bewegung führt nicht zu mehr Akzeptanz, zu keiner Normalisierung im Umgang mit denen, die sie zu vertreten vorgibt. Sie vertieft die Gräben, fördert die gesellschaftliche Spaltung in Heteros und Anderssexuelle, in Leute mit ablehnender und Leute mit befürwortender Haltung. Moralischer Zwang führt niemals zu Toleranz.

„Burn borders – not coal“



Sinnfreies Motto
von Linksgrün.

„Verbrennt Grenzen – nicht Kohle“ ist ein aktueller Slogan der Linksbunten. Ein völlig blödsinniger Zusammenhang, ja. Doch es scheint niemanden mehr zu stören. Es lacht auch niemand mehr. Die spalterische Intention linksbunter Ideologien wird auch deutlich, wenn man die Verknüpfung von Themen sieht, die wirklich nichts miteinander zu tun haben. Da wird die Verbrennung von Grenzen statt der Kohleverstromung gefordert. Wie sollen offene Grenzen eine ebenfalls ideologisierte Energiepolitik rechtfertigen? Reiner Schwachsinn ist mittlerweile breit akzeptierte Staatsdoktrin geworden.

Offene Grenzen, Linksradikalismus im engen Verbund mit medial forcierter Klimapanik. Alles wird noch vermengt mit offener Kinderfeindlichkeit. Dialog? Unerwünscht! Auch hier ist das Ergebnis wieder destruktive gesellschaftliche Spaltung: Gutmenschen gegen Einwanderungskritiker. „Klimaretter“ gegen kritische Befürworter von Energiesicherheit und wirtschaftlicher Stabilität. Freiwillig Kinderlose gegen Familien.

„Buntheit“ wird zum Synonym für Spaltung

Wenn das Volk damit beschäftigt wird, dass jeder gegen jeden kämpft, dann lässt es sich leichter beherrschen, hält still

bei Zumutungen. DIVIDE ET IMPERA – diese Methode kannten schon die alten Römer. Es ist wieder die Methode derer, die sich heute Linke oder Progressive nennen.

Während wir uns gegenseitig bekriegen, merken wir nicht, dass sich eine herrschende Kaste und von ihnen wahllos ins Land geholte illegale Glücksritter auf unsere Kosten bereichern. Wir sollen es auch nicht merken, denn es ist nicht die Sorte Bereicherung, die wir uns wünschen können. Wir können sie uns wohl auch nicht mehr lange leisten...



Die Stadt, der Müll und die ARD

Von SARAH GOLDMANN | 5300 Menschen aus Südosteuropa leben in drei Stadtteilen der kreisfreien Großstadt Hagen im Bundesland Nordrhein-Westfalen, wie die ARD im [Morgenmagazin vom 13.06.](#) berichtet. Wie sie dort leben, oder besser hausen, darüber gibt es sehr eindrückliche Erfahrungen, die von Politik und Medien aber gerne schöngeredet oder als „Vorurteile“ kleingeredet werden.

Nehmen wir einmal ein paar dieser „Vorurteile“ gegenüber den „Rumänen“ und „Bulgaren“, die in Hagen wohnen beziehungsweise neu hinzukommen (pro Monat ca. 50):

- Die Zahl der Einbrüche steigt an.

- Die Neubürger wandern in die Sozialsysteme ein, indem sie unterbezahlte Jobs annehmen und so Ansprüche auf staatliche Zuschüsse erwerben.
- Der Müll wird einfach auf die Straße gestellt, so wie man es von zu Hause aus kennt.

Wie geht die ARD mit solchen „Vorurteilen“ um? Expertin für diese Aufgabe ist beim Ersten Isabel Schayani, eine „Migranten-Versteherin“ und Expertin im Schönreden. Sie gibt ihren Lieblingszuschauern schon mal Tipps, wie sie zum Beispiel [Dublin III umgehen](#) bzw. die Regelung für sich ausnutzen können: „Es gibt ein Gerichtsurteil vom Europäischen Gericht, das müssen wir euch jetzt erzählen.“

Sie, die keinerlei Distanz zu den Betroffenen erkennen lässt, (sie duzt sie vor lauter Vertrautheit), wurde von der ARD ausgewählt, um die oben genannten Eindrücke von den Südosteuropäern in Hagen ins rechte linke Licht zu rücken.

Deswegen betont sie in ihrem Beitrag, dass die Kriminalität zwar anstieg, dann aber auch wieder zurückgegangen sei (der Grund wird im Bild gezeigt – Stahltüren – aber nicht explizit benannt). Die Einwanderung in die Sozialsysteme (Erwerb von Ansprüchen durch gezielte Unterbezahlung) wird aus der Perspektive der armen, hart arbeitenden ausgebeuteten Einwanderer geschildert. Der Missbrauch kommt mit keinem Wort zur Sprache.

Stattdessen fokussiert sie sich auf den Müll, der am stärksten auffällt, weil die Neubürger ihn einfach an die Straße stellen. Das ist eine unangenehme Erscheinung, aber nicht das, was die Gesellschaft am meisten belastet, das wären die geplünderten Sozialsysteme. Deswegen also lieber der Müll, an dem sie sich abarbeitet.

Ihr folgendes Interview zeigt, wie ein Rumäne das Müllproblem sieht, nämlich „normal“, und welche Schlussfolgerungen Schayani („Man muss sich rantasten, ist nämlich ein nicht ganz

so einfaches Thema“) daraus dann anschließend zieht (ab 1:26 min.):

Schayani: Die Deutschen wundern sich hier, dass ähm, dass es Müll gibt auf der Straße.

Rumäne: Ja ...

Schayani: In Rumänien, was macht man in Rumänien mit dem Müll?

Rumäne: Gar nix.

Schayani: Wie, gar nix?

Rumäne: So, hier bei Straße.

Schayani: Einfach auf die Straße stellen?

Rumäne: Ja, ja.

Schayani: Und, und, machen, machen viele Rumänen das auch hier?

Rumäne: Ja, normal.

Schayani: Normal?

Rumäne: Ja.

Schayani: Is das nich'n Problem?

Rumäne: Nein.

Schayani; Aber hier macht man das nicht so.

Rumäne: Weiß ich nicht. Das Deutschland.

Schayani: Er lebt übrigens seit drei Jahren schon in Deutschland. Manche Neubürger sind so. Sie ruinieren das Image von allen.

Finde den (die) Fehler! So geht Schayanis Reportage übrigens weiter: „Die Hagener Müllabfuhr schlägt nun zurück ...“



Köln: Schwein auf Parkplatz geschlachtet und abgeflämmt

Von JOHANNES DANIELS | „Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind eine Bereicherung für uns alle“ (Prof. Dr. Maria Böhmer, CDU, ehemalige Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration).

In Köln-Mülheim ist die Integration – allerdings in diverse Parallelgesellschaften – schon bestens vorangeschritten. Die Lebensfreude ist gerade jetzt bei wärmeren Temperaturen allenthalben auf den Straßen zu spüren, sofern man „etwas Schwein hat“ – und selbst keines ist. Auch in den Stadtteilen Finkenberg und Chorweiler hat der NRW-Migrationsanteil bereits über 75 Prozent überschritten. Ähnlich in [Köln-Holweide](#), das aus der Zusammenlegung der Orte Wichheim und „Schweinheim“ (sic!) entstand.

Schweinheim – der Name ist Programm

Als Rüdiger Bürkner, 60, diese Woche in Holweide an der Bergisch Gladbacher Straße in seine Küche kam, hatte er einen komischen Geruch in der Nase, wie der [Kölner Express](#)

berichtet: „Ich war in der Küche und habe durch das Fenster geschaut, da sah ich meine Nachbarn. Es hat fürchterlich gestunken, ich dachte zuerst die flämmen da einen Teppich oder etwas ähnliches ab.“

Als er dann das Fenster öffnete, lag unter ihm tatsächlich ein totes Schwein. Die Frau flämmte mit einem übergroßen Bunsenbrenner die Borsten ab, der Mann machte sich mit einem Messer an den Hinterbeinen des Borstenviehs zu schaffen, hatte ihm vorher schon die Kehle durchgeschnitten und es dann auf den kleinen Hinterhof gebracht.

Schweinerei am helllichten Tag

Für Bürkner war dieser Anblick zu viel: „Ich wollte mir das Schauspiel nicht weiter anschauen und habe das Fenster zu gemacht. Ich habe mich wahnsinnig geekelt, drei Stunden später war das Schwein dann weg.“ Der 60-Jährige rief bei der Polizei an, die Beamten konnten ihm aber nicht weiterhelfen, „weil das Ganze auf einem Privatgrundstück“ stattfand.

Veterinäramt: Schlachtung durch Illegale illegal

Nach einer Anfrage beim Veterinäramt, ob so etwas überhaupt rechtens ist und was man bei einer Schlachtung und Zerlegung beachten muss, kam folgende Antwort: „Eine Schlachtung ist grundsätzlich nur in genehmigten, leicht zu reinigenden Räumen gestattet. Es muss eine Lebendbeschauung des zu schlachtenden Tieres vor der Schlachtung durch einen Veterinär auf Krankheiterscheinungen stattfinden. Die Schlachtung und Betäubung findet dann in der Regel durch einen Metzger statt.“

Zudem sollte man nach der Schlachtung eine Behörde eine Fleischschau durchführen und den Tierkörper abstempeln lassen. Das war hier wohl nicht der Fall. Das Veterinäramt war einen Tag später sogar vor Ort, konnte aber nichts mehr von dem Schwein vorfinden, auch nicht in den Mülltonnen.

„Manchmal glaubt man ja, man hat schon alles gesehen. Egal ob

verrückt, eklig oder lustig, so wirklich überraschen kann einen heutzutage eigentlich nicht mehr wirklich viel“, berichtet der Kölner. „Aber wenn direkt vor dem eigenen Küchenfenster ein Schwein abgeflämmt und zerlegt wird, traut man seinen Augen kaum!“ Für Rüdiger Bürkner wird der Anblick wohl noch einige Zeit in Erinnerung bleiben. Er wird in nächster Zeit zumindest kein Schweinesteak mehr anrühren.